

# Zur Peripherie der Aufsteiger verkommen?

## Südostasien im Südpazifik

**Südostasien und der Südpazifik können als benachbarte Regionen auf eine lange Geschichte der Migration und des – nicht immer ausgewogenen – nachbarschaftlichen Austausches zurückblicken.**

Roland Seib

Die Besiedlung der Insel Neuguinea begann vor 50.000 Jahren vom heutigen Indonesien aus und setzte sich vor 5.000 Jahren in Polynesien mit der Zuwanderung aus Taiwan und den Philippinen fort (siehe zu den unterschiedlichen Kulturräumen Melanesien, Polynesien und Mikronesien die Karte). Die zweite Einwanderungswelle erfolgte im 19. und 20. Jahrhundert im Rahmen der gewaltsam durchgesetzten europäischen Expansion. Chinesen, Malaien und Japaner wurden als Kontraktarbeiter für die Plantagen im heutigen Papua-Neuguinea (PNG), auf Fidschi, Samoa und Tahiti sowie für die Nickelminen auf Neukaledonien zwangsweise rekrutiert oder angeworben.

An großen Migrationsbewegungen sind vom 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts die Übersiedlung von Philippinern in das polynesisch-hawaiische Hawaii (nach den Chinesen heute die zweitgrößte Gruppe der so genannten *Asian Americans* in den USA), von Malaien nach PNG, von Indonesiern nach Neukaledonien und von Vietnamesen nach Neukaledonien, Vanuatu und Tahiti zu nennen. Mit dem verlorenen Krieg wanderten Hunderttausend Vietnamesen in das mikronesische Guam aus, um dann weiter in die USA übersiedeln.

Die dritte Welle asiatischer Zuwanderung vollzieht sich seit der Unabhängigkeit der Inselstaaten, die die Grenzen porös werden ließ, während die Industriestaaten den Zuzug asiatischer Immigranten reglementierten. Mit dem Rückzug der Europäer siedelten viele der im Südpazifik ansässigen sozial integrierten und gebildeten Asiaten in westliche Staaten über. Chinesisch-stämmige Malaysier füllten ihre Lücke in PNG und den Salomon-Inseln, während Philippiner in Melanesien und Mikronesien als Lohnarbeiter

nachrückten. Seit Beginn des neuen Jahrtausends strömen Festlandchinesen als Unternehmer und Niedriglohnbeschäftigte auf die Inseln.

Entsprechend dieser Siedlungsströme sind heute die meisten der Bürger Guams philippinischer Abstammung, ein Drittel aller Samoaner und Tahitianer und viele der Bürger Kiribatis sind chinesischer Herkunft, ein Viertel aller Mikronesier stammt aus Japan. Je kleiner das Land, desto bedeutsamer fällt die Zuwanderung aus. Im Inselstaat PNG, der 84% der gesamten südpazifischen Landfläche von 551.457 Quadratkilometer und mit 6,6 Millionen knapp 70 Prozent der pazifischen Gesamtbevölkerung von 9,7 Millionen (2008) umfasst, fallen Asiaten dagegen quantitativ kaum ins Gewicht. Die Gesamtzahl der legal oder illegal im Südpazifik lebenden Asiaten (ohne Hawaii, Neuseeland und Westpapua) wird auf 600.000 geschätzt, davon allein 400.000 in Fidschi. Hinzu kommen 80.000 Chinesisch-stämmige und Festlandchinesen sowie 75.000 Philippiner (Cromcombe 2006). Nach der philippinischen PNG-Botschafterin sind von 19.000 dort Ansässigen 85 Prozent Illegale (Post-Courier 10.11.2009).

### Süd-Süd-Solidarität?

Während die Gründungsmitglieder der *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN) bis auf Thailand zwischen 1949 (Indonesien) und 1965 (Singapur) ihre Unabhängigkeit erlangten, gehören die südpazifischen Staaten zur letzten Gruppe der Kolonien, die nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1994 (Palau) ihre territoriale Souveränität erhielten. Einen mit Gewalt verbundenen antikolonialen Widerstand gab es dabei im Unterschied zu Südostasien nur in Vanuatu und Westpapua. Den Vereinten Nationen gehören trotzdem nur zwölf der insgesamt 26 politischen Entitäten an. Hinzu kommen zwei mit Neuseeland assoziierte Kleinstaaten sowie zwölf weitere, von den ehemaligen Kolonialmächten annektierte oder wei-



Der Autor ist Politikwissenschaftler mit dem Arbeitsschwerpunkt Südpazifik.

terhin abhängige Territorien. Je stärker das strategisch-militärische Interesse der früheren Kolonialmacht, desto fortgesetzt und enger die gegenwärtigen Beziehungen.

Während allerdings in zahlreichen melanesischen Staaten das bisher vorherrschende Bild der friedlichen Südsee seit Ende der 1980er Jahre der Vergangenheit angehört und Fehlentwicklungen wie die politische Instabilität, Militärcoups, Armut, Korruption und mit Gewalt ausgetragene ethnische Konflikte in den Vordergrund rückten, heben sich sowohl die den USA angegliederten mikronesischen Staaten als auch die mit Neuseeland verbundenen polynesischen Länder mit relativer Stabilität und Reformbereitschaft deutlich davon ab. Ins Gewicht fällt zudem, dass Melanesien mit 1.200 ethnischen Gruppen und einem Viertel der Weltsprachen eine bemerkenswerte ethnische und kulturelle Vielfalt aufweist, während polynesische und mikronesische Länder ethnisch und linguistisch weitgehend homogen sind. Ihre positivere Lage resultiert nicht nur aus dem (finanziell großzügig unterfütterten) Assoziierungsstatus sondern auch aus der (temporären) Migration von hunderten tausenden Bürgern in die angelegenen europäisch geprägten Metropolen.

Dass sich mit der Unabhängigkeit in den jungen Demokratien keine Süd-Süd-Solidarität mit den angrenzenden südostasiatischen Nachbarn eingestellt hat, ist kaum verwunderlich. Die 1969 mit Gewalt vollzogene territoriale Integration Westpapas durch Indonesien, in dessen Verlauf mehr als 100.000 Menschen im Kampf für ihre Identität, ihr Land, ihre Wälder und Mineralien und nicht zuletzt ihr Recht auf Selbstbestimmung durch Sicherheitskräfte getötet wurden, und die Sezessionsbemühungen Osttimors, die weitere 183.000 Opfer (ein Viertel der Bevölkerung) forderten, wirkte hier mehr als abschreckend. Auch die anderen damals weitgehend autoritär verfassten südostasiatischen Staaten besaßen wenig Attraktivität für postkoloniale Zusammengehörigkeitsgefühle.

### Politische Beziehungen

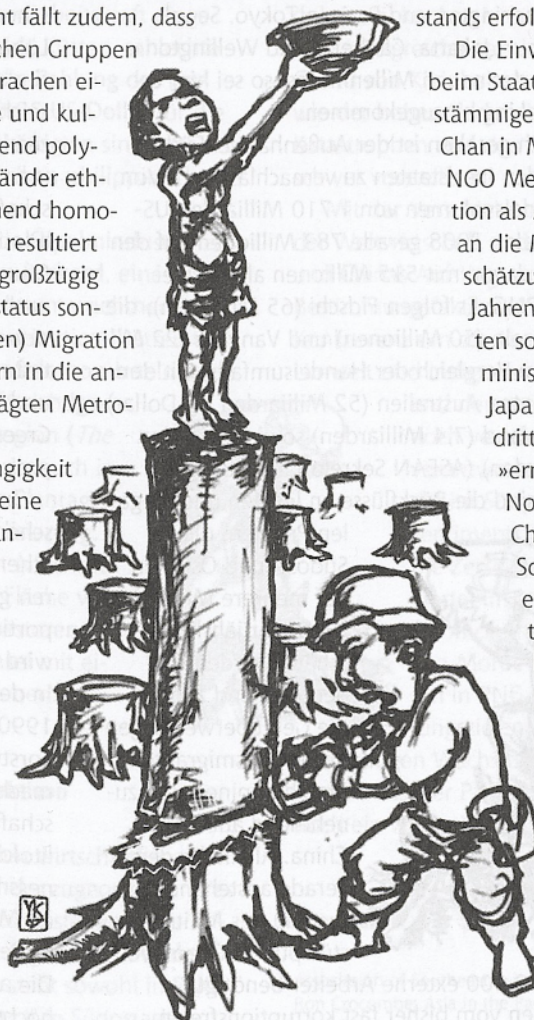
Frühe Bemühungen der politischen Annäherung einiger ASEAN-Staaten blieben in den späten 1960er

und 1970er Jahren im Pazifik unbeantwortet. Fidschi unternahm 1987 in Folge des ersten Staatsstreichs den Versuch, der Kritik seiner Nachbarn an der Abschaffung der Demokratie durch eine Annäherung an Südostasien zu entgehen. Dauerkonflikte mit der früheren Kolonialmacht Australien wegen der politischen Instabilität und Korruption führten dann auch in den 1990er Jahren in PNG dazu, die eigene universalistisch orientierte Außenpolitik (»friends to all and enemies to none«) hin auf ein »Look North Policy« zu diversifizieren. PNG ist bis heute der einzige südpazifische Staat, der bei der ASEAN Beobachterstatus hat. Der Antrag des Landes auf Vollmitgliedschaft blieb 1986 wegen des malaysischen Widerstands erfolglos.

Die Einwerbung von Investitionen beim Staatsbesuch des chinesischstämmigen PNG-Premierministers Julius Chan in Malaysia wurde 1996 von der NGO Melanesian Environment Foundation als Ausverkauf »unseres Landes an die Malaysier« kritisiert, eine Einschätzung, die sich in den folgenden Jahren in aller Brutalität bewahrheiten sollte. Auch Fidschis Premierminister Laisenia Qarase beschrieb Japans neutrale Position nach dem dritten Staatsstreich von 2000 als »ermutigend für Fidschis Look North Politik«. Hinzu kamen China und Taiwan, die mit ihrer Scheckbuch-Diplomatie um Anerkennung die Kritik des Westens an der fehlenden demokratischen Überzeugung finanziell zu kompensieren halfen. Heute werden vor allem chinesische Investoren umworben, um die natürlichen Ressourcen zu entwickeln.

### Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Über zwei Jahrhunderte verliefen die südpazifischen Wirtschaftsbeziehungen mit Europa und den USA. Hinzu kam im 20. Jahrhundert der Aufstieg der Großmacht Japan, der damals einzigen aufstrebenden, den ostasiatischen Bereich dominierenden Industriemacht Asiens, aber auch jener der regionalen Akteure Australien und Neuseeland. Trotz der Kapitulation 1945 konnte Japan seit den 1960er Jahren als, neben Washington, wichtigster wirtschaftlicher Einflussfaktor in Mikronesien reüssieren. In den 1980er Jahren wurde Japan als Exportmacht von den beiden Schwellenländern Südkorea und Taiwan herausgefordert. Seit dem 21.



Jahrhundert stehen alle drei Länder unter Druck Chinas. Heute beherrschen wenige Hundert Chinesen mit ihren Produkten »Made in China« den Handel in Tonga, den Marshall und Salomon-Inseln, Amerikanisch-Samoa, Vanuatu und zunehmend in PNG.

Indikator der historischen Zäsur war 1994 der Verkauf des größten regionalen Handelskonglomerats, der W.R. Carpenter Ltd., an die malaysische MBF Gruppe, der die australische Dominanz des Inselhandels beendete. Der damalige Direktor der in Fidschi beheimateten NGO *Pacific Concerns Resource Centre*, Lopeti Senituli, kommentierte 1998, dass die Südpazifikstaaten als Peripherie verblieben seien, während »the locus of empire has relocated from London, Washington and Paris to Tokyo, Seoul, Kuala Lumpur, Jakarta, Canberra and Wellington«. Seit Beginn des neuen Millenniums, so sei hier ergänzt, ist Peking hinzugekommen.

Statistisch gesehen ist der Außenhandel Südostasiens mit den Inselstaaten zu vernachlässigen. Von einem Handelsvolumen von 1.710 Milliarden US-Dollar entfielen 2008 gerade 783 Millionen auf den Südpazifik, davon mit 515 Millionen allein zwei Drittel auf PNG. Es folgen Fidschi (65 Millionen), die Salomon-Inseln (50 Millionen) und Vanuatu (22 Millionen). Zum Vergleich der Handelsumfang mit den Industriestaaten Australien (52 Milliarden US-Dollar) und Neuseeland (7,4 Milliarden) sowie mit China (193 Milliarden) (ASEAN Sekretariat 15.8.2009). Relevanter sind die Rückflüsse an legalen und illegalen Profiten, die für

Südost- und Ostasien auf mehrere Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt werden. Bedeutend sind zudem die Geldüberweisungen der Arbeitsmigranten in die Philippinen und zunehmend auch nach China. Allein für den gerade anstehenden Ausbau des Militärstützpunkts Guam werden bis zu 18.000 externe Arbeiter benötigt.

Abgesehen vom bisher fast korruptionsfreien Bergbau, den Banken sowie der Flug- und Kommunikationsindustrie übertreffen asiatische Direktinvestitionen solche des Westens bei weitem. Im Zentrum der Investitionen stehen die Forst- und Fischereiwirtschaft und zunehmend auch der Agrarsektor. Die Primärproduktion, die trotz eines Anstiegs des Industrie- und Dienstleistungssektors auch in Südostasien noch im Vordergrund der Wirtschaftstätigkeit steht, ist allerdings nur dort relevant, »wo Umwelt-, Sicherheitsstandards und/oder minimale Arbeitsbedingungen nicht voll durchgesetzt werden, wo riesige Profite zu erzielen sind oder wo Korruption als ein

wichtiger Bestandteil erscheint« (Edward Wolfers 1992). Dies betrifft die Flächenstaaten PNG, die Salomon-Inseln und Vanuatu. Der dominante Akteur in der Forstwirtschaft ist der malaysische Konzern *Rimbunan Hijau* (RH) im Besitz der chinesischstämmigen Tiong Familie. Der Firmenname heißt auf malaiisch »grüner Wald«, ein Euphemismus. Dem Mischkonzern, der in Malaysia an der auflagenstärksten chinesischsprachigen Zeitung »*Sin Chew Daily*« beteiligt ist, gehören in PNG Supermärkte, Restaurants, Schiffe und eine der beiden englischsprachigen Tageszeitungen (*The National*).

RH wird nicht nur in PNG für den großflächigen Kahlschlag der primären Regenwälder und für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Die Löhne und Arbeitsbedingungen des Unternehmens sind in einer Evaluierung als moderne Sklaverei bezeichnet worden. Bis zu 90 Prozent der erteilten Konzessionen entsprechen nicht den gesetzlichen Normen und sind illegal. Mehr noch wird die Forstwirtschaft synonym mit Korruption auf politischer und administrativer Ebene genannt. Nicht zuletzt auf Grund dieser Unternehmenspraktiken gehört PNG nach dem Index 2009 von *Transparency International* zum letzten Sechstel der korruptionsgeplagtesten Staaten der Erde, allerdings nach Burma, Laos und Kambodscha. Angesichts dieser Praktiken verlieh Greenpeace RH 2006 den »Goldenen Kettensägepreis« als »schlimmsten Forstzerstörer der Welt«.

In Westpapua arbeitet RH eng mit dem indonesischen Militär zusammen. 73 Prozent der indonesischen und 35 Prozent der malaysischen Holzausfuhren gelten als illegal. Der Wert der nach Ostasien exportierten, illegal gefällten südostasiatischen Hölzer wird auf jährlich 2,3 Milliarden US-Dollar geschätzt. In den Salomon-Inseln waren schon Anfang der 1990er Jahre elf der 15 Regierungsmitglieder in der Forstwirtschaft engagiert. Deren Einschlagsquote machte das Zehnfache einer nachhaltigen Bewirtschaftung aus. 2006 bestätigte der einheimische Politologe Tarcisius Kabutaulaka, dass »mächtige businessmen, hauptsächlich Chinesen ... große Summen an Mitglieder des Parlaments zahlen, um sicherzustellen, dass jede Regierung ihren Interessen dient«. Die asiatisch-pazifische Region hat weltweit die höchste jährliche Abholzungsrate. Der Hauptimporteur von legal und illegal geschlagenem Holz ist China.

Ökonomisch ebenso bedeutsam und anfällig für Raubbau ist auch die Fischereiwirtschaft. Die Fangflotten stammen aus Japan, Taiwan und Südkorea, aber auch aus den Philippinen und Indonesien. Während der Wert des gefangenen Thunfischs, der 55 Prozent des weltweiten Fangs darstellt, 2008 über 3,8 Milliarden US-Dollar betrug, konnten die acht Unterzeichnerstaaten des Nauru Agreements der Fisheries Agency der Regionalorganisation Pacific Islands Forum hierfür gemeinsam gerade 60 Millionen



US-Dollar oder 1,6 Prozent des Werts als Staatseinnahmen verbuchen (Pacific Islands Report 4.8.2009). Die Kontrolle und Durchsetzung profitablerer Fischereirechte in den eigenen Hoheitsgewässern bleiben auch künftig zentrale Herausforderungen.

Aufgrund guter Fischgründe, williger Behörden und des Marktzugangs zur EU planen philippinische Unternehmen und die Thai Union Manufacturing derzeit in PNGs Industriestadt Lae den Bau einer riesigen Dosenfabrik. Die künftige Verarbeitungskapazität dieser Anlage übertrifft mit 1.200 Tonnen täglich selbst die philippinische Thunfisch-Kapitale General Santos (National 4.6.2010). Dabei ist die Wertschöpfung für das Land gering, da die Fertigungsgüter außer dem Rohstoff und der Arbeitskraft eingeführt werden müssen. Verdreckte Küsten, schlechte Luft und Arbeitskonflikte um die Zahlung des landesweiten Mindestlohns von 0,85 US-Dollar für die ausschließlich weiblichen Beschäftigten sind schon heute in den bestehenden Fabriken philippinischer Provenienz die Regel.

Schließlich ist die florierende Ölpalmindustry zu nennen. Die malaysische Kulim Berhad, eines der führenden global tätigen Ölpalmunternehmen im Besitz der staatlichen Johor Corporation, betreibt hochprofitable Anlagen in den Salomon-Inseln und PNG, dem nach Malaysia zweitwichtigsten Ölpalmproduzenten der Region (*The Star* 23.7.2010). Sowohl dort als auch in Westpapua sind weitere große Plantagen geplant oder schon in der Realisierung. Selbst im entfernten Kleinstaat Niue mit seinen 259 Quadratkilometer Fläche versuchten 2003 malaysische Investoren, den Wald zu roden, um die Insel mit einer Ölpalmplantage zu überziehen.



Die ökonomische Integration ist mit 26,8 Prozent (2008) begrenzt (zum Vergleich: Pazifik 1995 nur 2 Prozent), womit die Außenhandelsorientierung hin auf alte und neue Metropolen weiterhin im Vordergrund steht.

Noch schlechter geht es den Südpazifikstaaten, wobei auch hier die Asymmetrie zwischen dem französischen Überseegebiet Neukaledonien (BIP pro Kopf 35.679 US-Dollar) sowie den unabhängigen Staaten Palau (8.911 US-Dollar) und den Salomon-Inseln (1.236 US-Dollar) hervorsteht (2008). Die Länder sind nicht dazu in der Lage, mit den wettbewerbsfähigen asiatischen Produzenten bei Industrie- und mit Australien und Neuseeland bei Agrarprodukten zu konkurrieren. Mit wenigen Ausnahmen ist eine erfolgreiche nachholende Entwicklung auf Grund von Kleinheit, Isolation, Ressourcenarmut sowie der hohen Verletzlichkeit gegenüber natürlichen Katastrophen und den Folgen des Klimawandels nur schwer vorstellbar.

Mit der Verschiebung des Gravitationszentrums der Weltwirtschaft und des Welthandels nach Asien und Chinas Aufstieg zum dominanten ökonomischen Bestimmungsfaktor wird sich die Nachfrage und Konkurrenz um die Naturressourcen auf Kosten von Umwelt und indigenen Bewohnern in Südostasien und den melanesischen Flächenstaaten noch verschärfen, gerade auch angesichts verantwortungsloser Eliten. Dies verstärkt die im Südpazifik schon bestehenden Ressentiments und Abwehrreaktionen, wie die Zerstörungen chinesischer Geschäftsviertel im Jahr 2006 in Tonga und den Salomon-Inseln sowie die fast regelmäßigen Morde an chinesischen Geschäftsleuten in PNG verdeutlichen. Den Entwicklungszielen eines breitenwirksamen, nachhaltigen Wachstums, sozialen Wohlstands und demokratischer Partizipation ist in beiden Regionen noch ein weiter Weg beschieden.

### Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die Ausgangshypothese von den wirtschaftlichen Aufsteigern (Südostasien) und der zugeordneten Peripherie (Südpazifik) ist nicht zu bestätigen. Die Primärproduktion und damit die legale wie illegale Plünderung der Bodenschätze steht sowohl in PNG und den Salomon-Inseln als auch in Südostasien (Burma, Indonesien, Malaysia und Kambodscha) auf der Tagesordnung. Die Gemeinschaft der ASEAN-Staaten mit ihren 592 Millionen Bürgern (2009) zählt zwar zu den weltweit am dynamischsten wachsenden Wirtschaftsräumen. Das Gefälle zwischen und innerhalb der Länder ist aber weiterhin groß. Eine soziale Dividende für die Erwerbstätigen hat sich im Unterschied zur ersten Generation der Tigerstaaten bisher kaum eingestellt. So bewegt sich die Kluft der politisch, wirtschaftlich und soziokulturell heterogenen Staaten zwischen Singapur (BIP pro Kopf 2009 von 36.631 US-Dollar) und Burma (420 US-Dollar).

### Literatur

- Association of Southeast Asian Nations, Website ([www.aseansec.org](http://www.aseansec.org))
- Ron Crocombe: Asia in the Pacific Islands. Replacing the West. Suva 2007.
- Andreas Schloenhardt: The illegal trade in timber and timber products in the Asia-Pacific region. Canberra: Australian Institute of Criminology 2008
- Roland Seib: China im Südpazifik: kein neuer Hegemon am Horizont. Frankfurt/M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung 2009.